

Zivilgesellschaft in Südosteuropa aus ethnologischer Sicht

Klaus Roth, München

Zu den größten Hoffnungen und Erwartungen nach der politischen Wende von 1989/90 gehörte ohne Zweifel die rasche Implementierung zivilgesellschaftlicher Strukturen in den postsozialistischen Ländern. Die ‚Zivilgesellschaft‘ als ‚Gesellschaft mündiger Bürger‘ wurde zu einem fast magischen Wort, ihr wurde die Kraft zugesprochen, die Folgen von Jahrzehnten sozialistischen Totalitarismus zu überwinden und Gegenkräfte zu aktivieren, Anomie zu beseitigen, die parlamentarische Demokratie zu verankern, die Kräfte des Marktes freizusetzen, die Familie zu stärken, republikanische Tugenden und Werte zu wecken und viele andere positive Entwicklungen mehr. Die nahezu euphorische Hinwendung zur Zivilgesellschaft als politischem Ziel hatte, ausgehend von Ungarn, im östlichen Europa bereits um die Mitte der 1980er Jahren begonnen, doch geriet der Begriff erst nach der Wende vollends ins Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses und vor allem der politischen und wirtschaftlichen Fördermaßnahmen der USA wie auch europäischer Länder und der EU.

Das Aufgreifen und die positive Wertbesetzung dieses Begriffs war allerdings überraschend und kann als eine der Paradoxien der Transformation gelten. Nicht nur, dass ‚Zivilgesellschaft‘ (bzw. ‚Bürgergesellschaft‘, ‚civil society‘) damals aus dem westlichen Diskurs weitgehend verschwunden war, sowohl der Begriff als auch die Sache steckten in Westeuropa und Nordamerika in einer Krise. Galt aus marxistischer Sicht das Bürgertum ohnehin als „überlebt“, so wurde ihm im Westen unter anderem sein Versagen im Faschismus und Nationalsozialismus vorgeworfen. Wichtiger war aber, dass einflussreiche Soziologen bereits in den 1980er Jahren eine Krise der Zivilgesellschaft diagnostiziert hatten: Zivilgesellschaft benötige zu ihrem Funktionieren, wie Richard Sennett (1983) betonte, ganz essentiell die Öffentlichkeit und das öffentliche Leben – und beides sei durch die „Tyrannei der Intimität“, durch den massenhaften Rückzug ins Private akut gefährdet. Ähnlich skeptisch äußerte sich auch R. D. Putnam (1995), und Jean Elshtain (1995: 5) beklagte einen „loss of civil society“, eine „deepening emptiness, and kind of evacuation of civic spaces“.

Noch heftigere Kritik kam – vor dem Hintergrund von Postkolonialismus und Globalisierung – auf in der Modernisierungs- und Entwicklungsdebatte, in der die Zivilgesellschaft als „westliches Produkt“ hinterfragt und sogar der Vorwurf des „Modellimperialismus“ erhoben wurde. Besonders Francis Fukuyamas Buch vom „Ende der Geschichte“ (1992), dem zufolge nach dem Fall des Sowjetimperiums die Menschheit durch die weltweite Verbreitung west-

licher liberaler, zivilgesellschaftlicher Demokratie als finaler Form humanen Regierens den Endpunkt ihrer ideologischen Entwicklung erreicht habe, wurde als „westlicher Triumphalismus“ kritisiert. In Ostasien, Afrika und dem Nahen Osten wurde betont, dass Demokratie und Zivilgesellschaft auf Wertprämissen des Westens beruhten, die mit den eigenen Traditionen weithin unvereinbar seien. Zivilgesellschaft könne also nicht universalisiert und globalisiert werden – eine Behauptung, die etwa durch die Entwicklung in der arabischen Welt bestätigt zu werden schien.

Die Gesellschaften des östlichen Europa beteiligten sich an dieser Debatte über Universalität und Kulturrelativität der Zivilgesellschaft erst mit einiger Verspätung, als der Begriff „mit der erfolgten demokratischen Wende in diesen Ländern seine Hochkonjunktur bereits überschritten“ hatte (MÄNICKE-GYÖNGYÖSI 1995: 223). Westlicher Triumphalismus und östliche Wende-Euphorie waren inzwischen abgeklungen, und angesichts der massiven Transformationsprobleme regten sich nun Zweifel, ob die mehr als zweihundertjährige westeuropäische und nordamerikanische Erfahrung mit Zivilgesellschaft unmittelbar auf die Länder des östlichen und vor allem des südöstlichen Europa übertragbar sei, ob die zahllosen westlichen Programme zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen (cf. HADENIUS, UGGLA 1996) wirklich ihr Ziel erreichten, und ob es, wie Richard Swartz, langjähriger Osteuropa-Korrespondent des „Svenska Dagbladet“, pointiert formulierte, wirklich ausreiche, nur „die Spielregeln zu verändern, und die Osteuropäer würden sich sofort verhalten wie Adam Smiths *homo oeconomicus* und sich zugleich an der Wahlurne wie ein vernünftiger Bürger aufführen. Eher schon mimen sie dieses Verhalten, so als wäre es eine Mode, die bei nächster Gelegenheit von einer neuen abgelöst wird“ (SZ 10. 2. 2003). Ist also der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im östlichen Europa nichts anderes als Mimikry, nur oberflächliche Anpassung an die Vorgaben „von oben“ – wobei dieses „oben“ sowohl die westlichen Geldgeber als auch die politischen Eliten sein können? Und können solche Fragen und Aussagen überhaupt für das ganze östliche Europa – von Tallinn bis Sofia – in gleicher Weise formuliert werden?

Angesichts der Tatsache, dass die meisten post-sozialistischen Länder inzwischen EU-Mitglieder sind, haben diese Fragen noch größere Bedeutung erhalten. So ist es nicht verwunderlich, dass der Begriff und die Sache ‚Zivilgesellschaft‘ weiterhin, und nun etwas nüchterner, Gegenstand wissenschaftlicher Diskurse ist, die nicht nur in zahllosen Publikationen, sondern auch in Konferenzen und Tagungen¹ ihren Niederschlag finden. Der Diskurs wurde da-

¹ So wurde im April 2002 am „Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas“ an der FU Berlin über „Akteure der Zivilgesellschaft. Individuelle Ressourcen, soziale Basis, Vergesellschaftung“ verhandelt, und im Sept. 2002 befasste sich der 44. Deutsche Historikertag in Halle in mehreren Sektionen mit dem Problem; eine von Arnd Bauerkämper und Jürgen Kocka geleitete Sektion war dem Thema „Zivilgesellschaft als Projekt und Prozess“ gewidmet. Im April 2003 erörterte der J. G. Herder-Forschungsrat in Marburg auf einer Tagung über „Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Ge-

bei immer weniger normativ-politisch und immer mehr historisch-soziologisch geführt, und die Fragestellungen waren zunehmend an der sozialen Realität orientiert und bezogen die historische und kulturelle Dimension ein.

Nach bald zwei Jahrzehnten Erfahrungen mit dem Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Transformationsländern ist heute eine deutliche Ernüchterung, aber auch Nüchternheit zu konstatieren. Die Entwicklung von ‚civil societies‘ ist bei weitem nicht in dem gewünschten Maße eingetreten, wobei allerdings die Situation in den Ländern Südosteuropas kritischer beurteilt wird als die in den Ländern des östlichen Mitteleuropa. Eine ganze Reihe von Faktoren scheint für das Ausbleiben des Erfolgs verantwortlich zu sein. Einige aus meiner Sicht entscheidende Faktoren möchte ich im Folgenden ansprechen, die in der Diskussion weniger beachtet wurden. Dabei werde ich mich auf *Südosteuropa*, und hier vor allem auf die beiden neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien konzentrieren.²

1. Ein erster wesentlicher Faktor ist die folgenreiche Neubewertung der Rolle des *Staates* nach der Wende aufgrund einer doppelten Fehleinschätzung. Auf östlicher Seite war nach Jahrzehnten totalitärer Staatsmacht der Wunsch nach einer Reduzierung des Staates und seiner Macht eine durchaus verständliche Reaktion. Sie wurde auf westlicher Seite noch wesentlich bestärkt durch neoliberale Theoretiker, Regierungen und Organisationen, die von universalistischen, für das südöstliche Europa aber unzutreffenden Voraussetzungen ausgingen (cf. M. ROTH 2005). Die aus dieser Konstellation resultierende weitgehende Schwächung des Staates in den meisten postsozialistischen Ländern führte dazu, dass – besonders in Südosteuropa – der schwache Staat die Sicherheit und das Wohlergehen seiner Bürger nicht mehr garantierte, dass das ohnehin geringe Vertrauen in den Staat (GIORDANO 2007) vollends zerstört wurde und dass zahlreiche parallele, (zumeist aus den Geheimdiensten hervorgegangene) kriminelle Strukturen an die Stelle des Staates traten, ja sich mit ihm verflochten. Die gesellschaftlichen Folgen waren und sind in Bulgarien und Rumänien verheerend. Die meisten Menschen zogen sich wieder in ihre im Sozialismus lebensnotwendigen Nischen privaten Vertrauens zurück, verfolgten ausschließlich ihre partikularen Interessen und agierten wesentlich nur in ihren engen sozialen Netzwerken von Verwandten, Freunden und Kollegen (cf. BRUNNBAUER, KASER 2001, ROTH 2007, 2008) – und sie wandten sich resigniert ab vom fernen Staat und seinen korrupten Institutionen, ja von dem öffentlichen Leben im zivilgesellschaftlichen Sinne insgesamt. Die Zunahme populistischer und radikaler Parteien kann als ein Indiz dieser Entwicklung gesehen werden.

schichte und Gegenwart“ die Institutionen und Ereignisse, die historischen Voraussetzungen und Vorbilder der Zivilgesellschaft in den Transformationsländern. Auch das Thema der 43. Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft 2004, „Pro- und antiwestliche Diskurse in den Balkanländern/Südosteuropa“, hatte direkten Bezug zu dem Thema.

² Zu Ungarn und Russland vgl. Dinello 2000.

Jede Zivilgesellschaft braucht aber, wie fast alle Theoretiker betonen, einen *starken* zivilen Staat, nicht nur, um eine verlässliche Rechtsordnung und ein funktionierendes Rechtssystem durchzusetzen und um demokratische Spielregeln und gesellschaftlichen Pluralismus zu gewährleisten, sondern auch um Regeln für den Markt aufzustellen und durchzusetzen. Tatsache ist, dass das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung durch partikulare Interessen von Gruppen und Individuen ebenso bedroht werden kann wie durch den Staat. Und die Macht bedrohlicher Interessengruppen zeigte sich sehr bald und konnte in Südosteuropa wegen der fehlenden Staatlichkeit auch kaum begrenzt werden. Zivilgesellschaft braucht also verlässliche und vom Staat durchgesetzte Regularien für die Beziehungen nicht nur unter den Bürgern, sondern auch zwischen Bürger und Staat sowie zwischen Staat und Interessengruppen. In den postsozialistischen Staaten Südosteuropas fehlen diese Regularien heute nahezu vollständig; statt dessen herrscht – auch angesichts des von der EU beklagten Fehlens von Rechtsstaatlichkeit und des Vorherrschen von Korruption³ – im Alltagsleben der Menschen weithin ein hohes Maß an Unsicherheit und Anomie. Für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und Institutionen sind dies denkbar ungünstige Rahmenbedingungen.

2. Ein zweites Problem ergab sich daraus, dass die westlichen, vor allem die US-amerikanischen Hilfsorganisationen von einer sehr engen Definition von Zivilgesellschaft ausgingen. Der Begriff wurde in seinem Bedeutungsgehalt rein institutionell aufgefasst als jener „public space between the state and the individual citizen“ (HADENIUS, UGGLA 1996: 1621), in dem Organisationen „outside the realm of the state, and on a free and independent basis“ agieren. Nach dieser engen Begriffsbestimmung war Zivilgesellschaft also bereits mit der Einrichtung von intermediären Institutionen zwischen Herrschaft und Individuen hergestellt, und zwar als eine Arena von „friendships, clubs, churches, business associations, unions, and other voluntary associations“ (Hefner 1998: 16). Diese zu gründenden und zu fördernden Institutionen sollten jene gesellschaftlichen Foren bilden, in denen die Bürger „habits of free assembly, dialogue, and social initiative“ lernten. Und wenn sie richtig geführt würden, könnten sie dazu beitragen, jene schwierige Balance zwischen Privatinteressen und Gemeinwohl herzustellen.

Diese überstarke Betonung der „freiwilligen Vereinigungen“ war nun in Südosteuropa nicht etwa ein Anknüpfen an das Vereinswesen im Habsburger Reich oder an gewisse Formen des kooperativen Handelns im Osmanischen Reich und nach der Befreiung, sondern sie berief sich letztlich auf die amerikanische Tradition: Alexis de Tocqueville hatte in den USA schon im frühen 19. Jahrhundert die kommunale Selbstverwaltung und die Kirchen als Orte

³ Die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zu Bulgarien und Rumänien beklagen anhaltend die Korruption auf höchster Ebene, organisierte Kriminalität und fehlende Rechtsstaatlichkeit.

hervorgehoben, an denen die Bürger „habits of the heart“ lernten, die einen Sinn für das Gemeinwohl schufen (HEFNER 1998).

Die Bedeutung freiwilliger Vereinigungen für die Zivilgesellschaft soll keineswegs in Abrede gestellt werden, doch ist für Südosteuropa hinzuweisen auf die weitgehende Voraussetzungslosigkeit dieses Ansatzes nach Jahrzehnten Sozialismus. Abgesehen von der oftmals sehr mechanischen Durchführung der politischen Hilfsprogramme und der Tatsache, dass viele rasch gegründete Vereinigungen (NGOs) dann sehr zweifelhafte Aktivitäten⁴ entfalteten, ist bei diesen Maßnahmen weder das historische, ökonomische und soziokulturelle Umfeld noch das Vorhandensein der mentalen und verhaltensmäßigen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern berücksichtigt worden. Ausgegangen wurde vielmehr von der Universalität der Prämissen.

3. Die jahrzehntelange politische Teilung Europas in dichotome „Blöcke“ führte auch nach der Wende dazu, dass – auf der Basis des universalistischen Ansatzes – westliche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen die post-sozialistischen Länder für lange Zeit undifferenziert wahrnahmen und behandelten. Auch die Politik der Europäischen Union, die an alle Beitrittskandidaten die gleiche Messlatte des *acquis communautaire* anlegt, bewirkte eine geringe Berücksichtigung der unterschiedlichen historischen Erfahrungen und soziokulturellen Tiefenstrukturen und damit eine Vernachlässigung der jeweiligen Traditionen. Während sich die Intellektuellen im östlichen Europa, ausgehend von Jenő Szűcs (1983/1990) und Milan Kunderas (1984) Erörterungen, feinsinnige Gedanken über die inneren Bruchlinien und Regionen Europas machten, wurde im Westen kaum zwischen dem östlichen Mitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa unterschieden. Allenfalls wurde – nach der Rezeption von Samuel Huntington's „Zusammenprall der Kulturen“ (1993) – stark vereinfachend getrennt zwischen den Ländern östlich und westlich der „byzantinischen Linie“.

Wenig berücksichtigt blieben somit die sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen der einzelnen Länder und damit die Frage, welche historische Basis die Errichtung zivilgesellschaftlicher Strukturen jeweils hat. So gingen amerikanische Hilfsorganisationen nach 1990 in Südosteuropa nach weithin den gleichen Prinzipien vor wie in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg: Deutschland war aber 1945 ein vom Krieg verwüstetes Industrieland mit einer zivilgesellschaftlichen Tradition, während die Länder Südosteuropas Agrarstaaten mit kaum nennenswertem Bürgertum und zivilgesellschaftlicher Tradition waren, die 45 Jahre Sozialismus hinter sich hatten (s. M. ROTH 2005). Ähnliche Unterschiede bestehen etwa zwischen den Ländern des östlichen Mitteleuropa und denen Osteuropas. Die Nichtbeachtung dieser historisch bedingten Unterschiede hat heute für die EU erhebliche politische Folgen.

⁴ In Bulgarien zum Beispiel entstanden in den 1990er Jahren, gefördert durch den Open Society Fund und viele andere Geldgeber, zahllose Vereinigungen in der Form von NGOs, bei denen es sich de facto um Netzwerke von Freunden und Verwandten handelte, die die Fördermittel für private Zwecke verwendeten.

4. Von grundlegender Bedeutung sind daher – aus Sicht der Europäischen Ethnologie – jene mentalen und verhaltensmäßigen Voraussetzungen, die die Akteure mitbringen müssen, damit zivilgesellschaftliche Strukturen und Institutionen überhaupt errichtet werden und funktionieren können. Der institutionalistische Ansatz ging weitestgehend von der unhinterfragten Prämisse aus, dass die Bürger der postsozialistischen Länder – trotz ihrer spezifischen historischen Erfahrungen – im Grunde die gleiche mentale und verhaltensmäßige Ausstattung mitbringen, die durch den Sozialismus allenfalls ein wenig verschüttet worden sei und nur wieder freigelegt werden müsse. Die Entwicklung hat gezeigt, dass die gesellschaftliche Realität vor allem Südosteuropas mit diesen Projektionen wenig gemeinsam hat.

Zu fragen ist also nach den gesellschaftlichen und individuellen Akteuren und nach der „Ausstattung“, die sie mitbringen sollten beziehungsweise realiter mitbringen, um als „Bürger“ in der angestrebten Zivilgesellschaft aktiv mitzuwirken. Aufgeworfen ist damit die Frage nach den mentalen und verhaltensmäßigen Grundlagen und Voraussetzungen, auf denen die europäische Zivilgesellschaft beruht. Damit geraten das erwünschte und das reale Alltagshandeln der Menschen, ihr Denken und ihre grundlegenden Werthaltungen in den Blick.

Welche handelnden Subjekte also setzt die Zivilgesellschaft europäischer Provenienz für ihr Funktionieren voraus? Und welches ist ihre Basis an Werten und Normen? Der genauere Blick in den „Alltag der Zivilgesellschaft“ zeigt, dass sie nicht nur ein politisches, ökonomisches, rechtliches und institutionelles, sondern vor allem auch ein komplexes sozio-kulturelles Gebilde ist. Mit dieser Aussage schließe ich mich der Auffassung von Kocka, Nipperdey, Bausinger und anderen an, dass das die Zivilgesellschaft tragende Bürgertum nicht so sehr als soziale Klasse, sondern ganz wesentlich über seine *Kultur*, seine Lebensweise definierbar ist (cf. KOCKA 1987, BAUSINGER 1987). Die Einheitlichkeit der bürgerlichen Lebensweise, die zum weltweit rezipierten Modell wurde, ergab sich seit dem 19. Jahrhundert durch „gemeinsame und gleichzeitig spezifische Deutungsmuster und Wertungen, Mentalität und ‚Kultur‘“ (KOCKA 1987: 43), die jene der Ständegesellschaft und der Kirche ablösten (NIPPERDEY 1987: 147).

Die auf Christentum und Humanismus, Aufklärung und Französischer Revolution basierende Zivilgesellschaft ist damit – hier haben ihre Kritiker sicher Recht – ein ursprünglich west- und mitteleuropäisches Projekt, das die historischen Erfahrungen und auch die Lebensweise dieser Gesellschaften in sich aufgenommen und zum Maßstab gesetzt hat. Da sie, wie oben ausgeführt, ganz wesentlich auch über ihre Kultur definiert ist, stellt sich die Frage, welches die Elemente dieser Kultur und damit die impliziten Voraussetzungen dieser Zivilgesellschaft sind. Die Frage ist um so wichtiger, wenn es, wie im Fall Südosteuropas, darum geht, wie das Modell der europäischen Zivilgesellschaft außerhalb ihres Entstehungsraumes rezipiert und an die gesellschaftliche Realität adaptiert worden ist.

Um diese Frage angemessen zu beantworten, müssen zunächst einige aus kulturwissenschaftlicher Sicht essentielle Unterscheidungen benannt werden. „Kultur“ im erweiterten, anthropologischen Sinn ist ein komplexes System, das

dem Individuum und der Gesellschaft Orientierung und Verhaltenssicherheit gibt und das aus vielfältigen interdependenten Elementen und Sektoren besteht. Von besonderer Bedeutung ist die Unterscheidung zwischen jenen Sektoren kultureller Systeme, die mit den Sinnen erfasst werden können (*Objektivationen*), und jenen, die nicht unmittelbar erfasst werden können (*Subjektivationen*); zu den ersteren gehören alle materiellen Artefakte und Verhaltensweisen, einschließlich der Sprache, und zu den letzteren gehören alle Vorstellungen und Ideen, Werte und Normen, Gefühle und Einstellungen sowie die unhinterfragten Grundannahmen einer Gesellschaft. Kommt es zu einem Wandel, zum Beispiel durch technische Modernisierung, ändert sich das gesamte kulturelle System nie gleichzeitig, sondern die einzelnen Sektoren und Elemente wandeln sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Es ist dies eine Grundtatsache, für die W. Ogburn (1922) den Begriff *cultural lag* geprägt hat. Während sich die materielle Kultur am schnellsten verändert, passen sich die Verhaltensweisen langsamer dem Wandel an; noch mehr Beharrung zeigen normalerweise die Vorstellungen und Werte, während sich die Grundannahmen nur überaus langsam, wenn überhaupt verändern. Viele Probleme der zivilgesellschaftlichen Entwicklung Südosteuropas lassen sich bereits aus diesen sektoriellen Diskrepanzen erklären.

Fragen wir nun danach, aus welchen Sektoren und Elementen sich das kulturelle System der europäischen Zivilgesellschaft konstituiert, so ergibt sich ein komplexes, aber doch kohärentes Bild. Sichtbarster und fühlbarster Ausdruck der europäischen Zivilgesellschaft ist ohne Zweifel ihr gesamtes System von *materieller Kultur*, nämlich

- eine gewisse *materielle Grundlage* und Ausstattung und eine auf die (Groß-) Stadt ausgerichtete *urbane Lebensweise*, die auch für die Kleinstädte und Dörfer zum Vorbild wurde,
- sowie eine differenzierte *bürgerliche Sachkultur*. Diese Sachkultur umfasst nahezu alle Lebensbereiche: die Technologie und die Verkehrsmittel, die Stadtplanung und städtische Infrastruktur, die Architektur der öffentlichen und privaten Häuser, die Innenausstattung der Wohnungen und die Wohnweise ebenso wie die gesamte Kleidung und Mode sowie zum Teil auch die Nahrung mit den dazugehörenden Ausstattungen.

Gemäß den Regeln des *cultural lag* waren es in den südosteuropäischen Ländern diese materiellen Elemente, die als Symbole des Fortschritts und der „Europäisierung“ gesehen und als erste übernommen wurden. Sie veränderten das bis dahin osmanisch geprägte Erscheinungsbild der Städte, der Wohnungen und der Menschen in wenigen Jahren radikal. Eine Ausnahme bildete zum einen die moderne Produktionstechnologie, was Paruševa (2007: 30) auf die Ignoranz der Regierung, vor allem aber auf eine „unbewusste Opposition vieler Bulgaren gegen die neuen Technologien“ zurückführt, zum andern der Bereich der Nahrung, in dem ein ausgeprägter Geschmackskonservatismus zu beobachten war (und bis heute ist).

Differenziert verlief die Rezeption zivilgesellschaftlicher *Verhaltensweisen* und gesellschaftlicher Grundmuster. Gerne übernommen wurden

- städtische Formen der *Unterhaltung*, des Genusses und der Freizeit, so dass in vielen Städten Südosteuropas recht bald nach der Befreiung Opern, Theater, Galerien, Museen, Parks, Zoologische Gärten, Restaurants und Cafés entstanden und Gesellschaftstanz ebenso wie verschiedene Sportarten populär wurden.⁵
- Rasch rezipiert wurden auch die *symbolischen Formen* der Repräsentation, der Interaktion und des alltäglichen Verhaltens, so dass in den neuen städtischen Eliten im späten 19. Jahrhundert „zivile Umgangsformen“ wie zum Beispiel Konversation, Manieren, Salons, Tischsitten, feine Lebensart, Titel, Gruß- und Anredeformen üblich wurden.
- Auch das enge Verhältnis zur *ästhetischen Kultur*, zu Kunst, Literatur, Musik, also zur ‚bürgerlichen Kultur‘ im engeren Sinne wurde begeistert übernommen. Das Gleiche galt für die bürgerlichen Formen des öffentlichen und privaten *Feierns*; *Feste* und *Rituale* wie die bürgerliche Hochzeit, Bälle und Jubiläen fanden rasch Anklang.
- Das besondere Verständnis der bürgerlichen *Kleinfamilie* als einer intimen, durch Emotion statt durch Zweckbeziehung bestimmten sozialen Einheit, in der die Frau eine spezifische Rolle spielt, setzte sich in den Städten gegen traditionelle Formen durch, allerdings erst mit einiger Verzögerung.

Die Rezeption dieser bürgerlichen Verhaltensweisen war zum einen deswegen unproblematisch, weil sie die „Modernität“, das „Europäische“ am sichtbarsten demonstrierten und den Alltag bereicherten, zum andern, weil sie mit den vorhandenen Werten und Normen weithin kompatibel waren. Anders war hingegen die Situation bei jenen Verhaltensweisen, die für das Funktionieren von Zivilgesellschaft zwar essentiell sind, die aber mit den vorhandenen Werten und Normen kaum oder gar nicht kompatibel waren.

- So konnte das für jede Zivilgesellschaft grundlegende Engagement für das *Gemeinwohl*, die freiwillige, nicht am persönlichen Vorteil orientierte Übernahme von *gesellschaftlicher Verantwortung* – nach der Phase der Begeisterung für den nationalen Befreiungskampf – in Südosteuropa nur schwach verankert werden, ebenso wie auch das Streben nach selbständiger Gestaltung gemeinsamer Aufgaben, etwa in Selbstverwaltung und Politik, in *Vereinen* und Klubs. Vorherrschend blieben vielmehr partikulare, zumeist familiäre und klientelistische Interessen von Kleingruppen und Netzwerken, die auf privatem Vertrauen gründen. Das für die Zivilgesellschaft elementare anonyme oder institutionelle Vertrauen konnte sich nirgendwo wirklich herausbilden, da – besonders während des Sozialismus – das Misstrauen gegenüber dem Staat dominant blieb.
- Die für die Zivilgesellschaft so zentrale Abschwächung der Polarität zwischen dem Innenraum der *Privatheit* und dem *Staat* durch den Zwischenbereich der formalisierten bürgerlichen *Öffentlichkeit*, etwa in Form von interessengelei-

⁵ Diese rasche Modernisierung der städtischen Kultur ist Thema des Bandes von P. PETROV u. a. (2007); vgl. auch PARUŠEVA 2007: 30 zu der Tatsache, dass Formen der Unterhaltung sehr rasch übernommen wurden.

teten Assoziationen, Vereinen, Verbänden und anonymen Großgruppen (vgl. Habermas 1962) hat sich in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert nur ansatzweise herausbilden können. Die Okkupierung des gesamten öffentlichen Raums durch den sozialistischen Staat hat dann aber selbst diese Ansätze vernichtet und den völligen Rückzug in Kleingruppen gefördert.

Noch entscheidender für das Gelingen von Zivilgesellschaft sind die mentalen und ethischen Grundlagen, die von den Akteuren verinnerlichteten Vorstellungen, Werte und Normen. Bei diesen *Subjektivationen* zeigen sich in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert die größten Rezeptionsprobleme.

- Für die Zivilgesellschaft bezeichnend ist die starke Neigung zu *Rationalität*, Aufklärung und „vernünftigen Diskurs“. Sie äußert sich unter anderem in der hohen Bedeutung von *Schriftlichkeit*, Lesefähigkeit und Lektüre sowie in der hohen Relevanz von *Bildung* und einem ausgebauten Bildungssystem, was zum einen dem gesamten Welt- und Selbstverständnis, zum anderen auch dem gesellschaftlichen Diskurs und der „zivilisierten“ sozialen Interaktion (zum Beispiel als ‚Konversation‘) dienen soll. Bezeichnend für die Zivilgesellschaft ist der hohe Respekt für die *Wissenschaft* („Wissen ist Macht“). Schriftlichkeit, Bildung und Wissenschaft wurden in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert zwar begierig rezipiert, doch waren sie, abgesehen vom Einsatz der Elite für die Erziehung des Volkes während der Zeit der nationalen Befreiung, nur selten Selbstzweck, sondern dienten weitestgehend nur persönlichen Zielen, etwa der Statuserhöhung (s. HÖPKEN 2007: 52–53).
- Aus der Betonung der Vernunft ergibt sich eine starke Neigung zu *Planung*, *Zeitökonomie* und *Zukunftsorientierung*. Sie äußert sich im Bereich der Wirtschaft als rationale *Wirtschaftsweise* und planendes *Wirtschaftsdenken*, im Bereich des Privatlebens als „vernunftgeleitetes Benehmen“ und als *Methodik der rationalen Lebensführung*, die auf Mäßigung und Gesetzestreue, also auf ein hohes Maß an *Affektkontrolle* und *Subjektdisziplinierung* (im Sinne von Norbert Elias) zielt. Die Bereitschaft, sich der „bürgerlichen Ideologie“, der Vernunft und dem Gesetz derart weitgehend zu unterwerfen, ist in Südosteuropa sehr schwach ausgebildet, ja es besteht bei den allermeisten Menschen sogar eine fast identitätsstiftende Aversion gegen diese Kontrolle der Emotionen und die Unterordnung unter Gesetze und Vorschriften „von oben“ (cf. LAUTH BACAS 2008).
- Basis der Zivilgesellschaft ist, so hatte ich gesagt, ein hohes Maß an *anonymem Vertrauen* der Bürger, das auf der Respektierung von Gesetzen und Verträgen (*pacta sunt servanda*) sowie auf der Kontrolle der Macht des Staates (durch Gewaltenteilung) beruht und damit den Bürgern ein hohes Maß an *Rechtssicherheit* und Schutz vor dem Zugriff des Staates und anderer Parteien garantiert. Wichtig sind auch gesellschaftliche Normen und Vorstellungen vom Aushandeln von Konflikten. In Südosteuropa dominiert hingegen eine „Kultur des öffentlichen Misstrauens“ (cf. GIORDANO 2007), in der der Staat von kaum jemandem als „Sache der Bürger“, sondern als fremde, feindliche und korrupte Macht aufgefasst wird. Die politische Entwicklung in Bulgarien und Rumänien – vom späten 19. Jahrhundert bis nach dem EU-Beitritt – hat

wenig dazu beigetragen, das Vertrauen der Bürger in die Politik und in das Rechtssystem zu stärken. Die Folge war (und ist), dass die Individuen ihr Handeln allein auf partikuläre Interessen ausrichten, ihre sozialen Netzwerke und „Beziehungen“ pflegen und sich ganz auf privates Vertrauen verlassen (s. ROTH 2007, 2008). Dies gilt sowohl für die „einfachen Leute“ als auch besonders für die neuen Eliten, deren Clans die Politik und die Wirtschaft ihrer Länder fast vollständig beherrschen (cf. DINELLO 2000).

- Ein wesentlicher Zug der Zivilgesellschaft ist schließlich Erfolgsorientierung und Hochachtung vor *individueller Leistung*. Aus der geforderten Rationalität des Handelns ergibt sich eine positive Haltung gegenüber und die Disziplinierung zu *regelmäßiger Arbeit*, ein hohes *Arbeitsethos* und ein Ethos der *Pflichterfüllung* (im Sinne von Max Weber). Für den Einzelnen ergibt sich daraus ein Anspruch auf wirtschaftliche und soziale *Belohnung* und Einfluss sowie die wichtigste Möglichkeit, aus Leistung *Sozialkapital* zu gewinnen – unter gleichzeitiger Beachtung des Gemeinwohls. Gab es in Südosteuropa in der „bürgerlichen Phase“ durchaus Ansätze zu einem solchen Ethos der individuellen Leistung, so wurde die Arbeitsmoral in der sozialistischen Periode bei der Masse der Bevölkerung weitgehend zerstört (cf. ROTH 1999), und in der postsozialistischen Zeit ist die Entwicklung einer auf „ehrlicher Arbeit“ basierenden Leistungsorientierung – angesichts der Dominanz von Netzwerken, Beziehungen und Korruption – eine ganz erhebliche Herausforderung. Sozialkapital⁶ kann heute de facto weniger durch Leistung als durch Netzwerke von Beziehungen erworben werden, die oftmals klientelistische Strukturen aufweisen.

Vom Idealmodell und auch von der in Westeuropa gelebten Realität der Zivilgesellschaft, einer Gesellschaft mit einer bürgerlichen Geisteshaltung, mit einer spezifischen Vorstellung vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, mit einem zivilgesellschaftlichen Engagement und Gemeinsinn vieler Bürger und mit der Dominanz universalistischer Sichtweisen, die die Interessen der Gesamtheit im Auge haben, von all dem sind die Gesellschaften Südosteuropas somit noch weit entfernt. Ohne Zweifel gibt es heute soziale Gruppen mit „zivilem Verhalten“, doch sind sie nicht diejenigen, die den gesellschaftlichen Ton angeben. Vorherrschend ist vielmehr die Neigung, lediglich die verführerischen sichtbaren Seiten der bürgerlichen Moderne zu rezipieren, nicht aber ihre eigentlichen mentalen und verhaltensmäßigen Grundlagen und Voraussetzungen.

Damit scheint sich in Südosteuropa der Verlauf der ersten „Europäisierung“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu wiederholen, bei dem, wie viele Zeitzeugen beklagten, nur die Hülle, die materielle Seite⁷ und gewisse sichtba-

⁶ Zur Frage des Sozialkapitals vgl. COLEMAN 1988, FUKUYAMA 1995, GIORDANO 2007, ROTH 2007, 2008.

⁷ PARUŠEVA (2007: 30) zitiert dazu Ekaterina Karavelova, die in ihren Erinnerungen schrieb: „Was die materielle Kultur betrifft, haben wir einen großen Sprung gemacht. Wenn wir nur auch unsere Mentalität so erfolgreich verändern könnten, wären wir unvergleichlich.“

re Verhaltensformen übernommen wurden, nicht aber die Denkweisen, Werte und Normen. Es kam weithin nur zur selektiven Übernahme gewisser äußerer Elemente der Zivilgesellschaft, nicht aber ihrer mentalen Grundlagen (cf. ROTH 1995). Ihre Prinzipien und Werte lösten vielfach sogar Ängste und Aversionen aus, obwohl „Europa“ das bewunderte Modell der gesellschaftlichen Entwicklung war und die Gesellschaften sich in einem Prozess der „nachholenden Entwicklung“ sehr bemühten, ihm nachzueifern. Konnten sich, was Höpken (2007: 70) betont, bis zum Zweiten Weltkrieg in den kleinen stadtbürgerlichen Eliten Formen herausbilden, die als „generische Verwandte“ der westeuropäischen Zivilgesellschaft gelten können, so wurden in den 1940er und 50er Jahren genau diese Eliten die ersten Opfer der sozialistischen Regimes. Ihr Platz in den Städten wurde – als Folge der Kollektivierung der Landwirtschaft und der resultierenden massenhaften Landflucht – eingenommen von Hunderttausenden von Dorfbewohnern, die in die rasch wachsenden Großstädte sehr starke dörfliche Elemente brachten. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft, die ohnehin den Prinzipien der „sozialistischen Kultur und Lebensweise“ zuwiderlief, wurde hierdurch völlig unterbunden, ja es kam in allen südosteuropäischen Ländern sogar zu einer erheblichen Verbäuerlichung oder „Rurbanisierung“⁸ des städtischen Lebens und damit zu anti-zivilgesellschaftlichen Entwicklungen.

Die Voraussetzungen für die Errichtung von zivilgesellschaftlichen Strukturen nach der Wende waren in Bulgarien und Rumänien somit alles andere als gut. Noch mehr verringert wurden sie durch die Tatsache, dass die zivilgesellschaftlichen Bestrebungen nur zu einem kleinen Teil von den eigenen Eliten ausgingen. Zum weit überwiegenden Teil wurden sie von außen, durch westliche Regierungen und NGOs induziert, oft mit erheblichen Finanzmitteln und außenpolitischem Druck, aber mit wenig Landeskenntnis ausgestattet. Ausgelöst wurden hierdurch zum Teil sehr eigenartige und unvorhergesehene Entwicklungen, die Zivilgesellschaft nur vortäuschten und, wie Richard Swartz bemerkte, nur eine Mimikry, oft sogar eine Parodie von Zivilgesellschaft waren und sind.

In der Tat fehlen in Bulgarien und Rumänien wesentliche Grundvoraussetzungen für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die Kontrolle von Wirtschaft und Politik durch einige wenige Clans, das weitgehende Fehlen von Rechtsstaatlichkeit und die endemische Korruption, die unkontrollierte Macht klientelistischer oder krimineller Netzwerke – all dies fördert bewährte traditionelle Strategien des Denkens und Handelns in engen personalen Netzwerken, die allein Vertrauen und Sozialkapital gewähren. Anstelle von Engagement für das Gemeinwohl dominiert die oft rücksichtslose Durchsetzung partikularer Interessen. Die Grundprinzipien der Zivilgesellschaft sind der Masse der Bevölkerung in den „Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens“ fremd

⁸ Zu diesen Prozessen s. für Rumänien MARCU 1971/73, für Bulgarien ROTH 1985 und für Serbien SIMIĆ 1983 und PROŠIĆ-DVORNIĆ 1992.

und unverständlich geblieben; von vielen werden sie sogar abgelehnt, da sie als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität empfunden werden.

Sind all dies bereits ungünstige Voraussetzungen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft, so ist mit der EU-Mitgliedschaft noch ein weiteres Problem hinzugekommen. Die „Europäisierung“ war im 19. Jahrhundert ein freiwilliger, zumindest in den Eliten von Begeisterung getragener Prozess. Heute ist die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Verhaltensweisen hingegen Teil der Verträge mit der EU und hat damit verpflichtenden Charakter. Abweichungen können zu Strafmaßnahmen führen. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung steht jedoch zu befürchten, dass die Menschen gegenüber den Zugriffen „von oben“, aus „Brüssel“, auf jene subversiven Strategien zurückgreifen, die seit der Zeit der osmanischen Herrschaft und des Sozialismus (cf. ROTH 1999) zum Repertoire sozialen Verhaltens gehören. Das Beispiel des Umgangs mit der EU-Alkoholsteuer in Bulgarien (s. IVANOVA 2008) ebenso wie das griechische Beispiel (s. LAUTH BACAS 2008) verweisen in diese Richtung, ebenso einige in den Fortschrittsberichten der EU benannte Kritikpunkte.

In dieser Situation legen sich zwei mögliche Ansätze der Interpretation und des künftigen Umgangs mit dem Thema Zivilgesellschaft nahe:

1. Der *universalistische Ansatz* geht optimistisch davon aus, dass sich Zivilgesellschaft und Demokratie letztendlich überall durchsetzen werden (s. zum Beispiel Hefner 1998). Ihr Modellcharakter, vor allem aber ihr normativer Charakter in der EU führt aber dazu, dass sich für Südosteuropa bisher nur eine Defizitgeschichte ergibt, denn heute dominiert eine nur formelle, eine „Pseudo-Zivilgesellschaft“, in der nicht das Gemeinwohl, sondern Partikularinteressen von Clans und Netzwerken den öffentlichen Raum beherrschen. Hoffnungsvolle Ansätze gibt es aus dieser Sicht allenfalls in den letzten Jahren bei einigen NGOs, die sich dem Umweltschutz widmen. Sie werden weitgehend von Studenten und jungen Akademikern getragen, bei denen sich auch eine gewisse Bereitschaft zu einem mentalen Wandel in Richtung Westeuropa zeigt (s. ELCHINOVA 2004: 40). Zivilgesellschaftliches Verhalten äußert sich bislang eher versteckt, in kleinen Gruppen und geschützten Kontexten, und nur selten im öffentlichen Raum.
2. Der *kulturrelativistische Ansatz* geht demgegenüber von einer kontextgebundenen Definition und damit von verschiedenen Versionen, also von „generischen Verwandten“ von Zivilgesellschaft (HÖPKEN 2007: 70) aus. Vor dem Hintergrund des oben Gesagten und der Fortschrittsberichte der EU-Kommission stellt sich allerdings die Frage, welches Maß an Varianz innerhalb der EU tolerabel ist. Wie weit kann und darf Südosteuropa im Rahmen der EU und des *acquis communautaire* eigene Wege zu bzw. eigene Formen von Zivilgesellschaft entwickeln, ohne die Grundprinzipien der EU auszuhöheln? Kann Südosteuropa dabei wirklich, wie Anneli-Ute Gabanyi auf der 46. Hochschulwoche der Südosteuropagesellschaft 2007 vorschlug, auf autochthone Traditionen zurückgreifen, die konform mit den Prinzipien der EU sind, ja diese stützen und in der Bevölkerung populär machen?

Weder in der EU noch in den neuen Mitgliedsländern sind zu diesen Grundsatzfragen bisher ernsthafte Überlegungen angestellt worden. Die Entwicklung scheint auf eigene – und möglicherweise eigenwillige – Formen von südosteuropäischer Zivilgesellschaft hinauslaufen. Das Beispiel Griechenlands zeigt, dass sich für die EU daraus auf jeden Fall Fragen von hoher Brisanz ergeben werden.

Literatur

- BAUSINGER, HERMANN 1987: Bürgerlichkeit und Kultur. In: J. Kocka (Hg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*. Göttingen, 121–142.
- BRUNNBAUER, ULF, KARL KASER (Hg.) 2001: *Vom Nutzen der Verwandten. Soziale Netzwerke in Bulgarien (19. und 20. Jahrhundert)*. Wien, Weimar: Böhlau.
- COLEMAN, JAMES 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. In: *American Journal of Sociology* 94 (Supplement): 95–120.
- DINELLO, NATALIA 2000: Comparing Clans in Hungary and Russia. *Occasional Papers of East European Studies*, Nr. 56. Washington D.C.: Woodrow Wilson International Center. URL: <http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/ACF45F.pdf>.
- ELCHINOVA, MAGDALENA 2004: Bulgaria's Way to Europe. Some Aspects of Identity Construction among Bulgarian Students Today. In: *Ethnologia Balkanica* 8: 35–55.
- ELSHTAIN, JEAN B. 1995: *Democracy on Trial*. New York: Basic Books.
- FUKUYAMA, FRANCIS 1992: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München: Kindler.
- FUKUYAMA, FRANCIS 1995: Social Capital and the Global Economy. In: *Foreign Affairs* 74, 5: 89–103.
- GIORDANO, CHRISTIAN 2007: Privates Vertrauen und informelle Netzwerke: Zur Organisationskultur in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens. Südosteuropa im Blickpunkt. In: K. Roth (Hg.), *Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen*. Zürich, Berlin: LIT, 21–49.
- HABERMAS, JÜRGEN 1962: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied.
- HADENIUS, AXEL, FREDRIK UGGLA 1996: Making Civil Society Work, Promoting Democratic Development: What Can States and Donors do? In: *World Development* 24, 10: 1621–1639.
- HEFNER, ROBERT W. 1998: Civil Society: Cultural Possibility of a Modern Ideal. In: *Society* 35, 3: 16–27. Cf. *Civnet Journal* 1998, vol. 2, 3, URL: <http://www.civnet.org/journal/issue7/ftintro.htm>.
- HÖPKEN, WOLFGANG 2007: Die „fehlende Klasse“? Bürgertum in Südosteuropa im 19. und frühem 20. Jahrhundert. In: U. BRUNNBAUER, W. HÖPKEN (Hg.), *Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert*. München: Otto Sagner, 33–70.

- HUNTINGTON, SAMUEL P. 1993: The Clash of Civilizations? In: *Foreign Affairs* 72, 3: 22–49.
- IVANOVA, RADOST 2008: Für 20 Leva und eine Flasche Schnaps: Der Schnaps im Leben des bulgarischen Dorfes. In: K. ROTH (Hg.), *Europäisierung von unten? Beobachtungen zur EU-Integration Südosteuropas*. Forst-Arbeitspapiere 44. München, 115–124.
- KOCKA, JÜRGEN 1987: Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jh. In: IDEM (Hg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jh.* Göttingen, 21–63.
- KUNDERA, MILAN 1984: Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas. In: *Kommune. Forum für Politik und Ökonomie* 2, 7: 43–52.
- KUNDERA, MILAN 1991: The tragedy of Central Europe. In: GALE STOKES (Hg.), *From Stalinism to pluralism. A documentary history of Eastern Europe since 1945*, New York, 217–223.
- LAUTH BACAS, JUTTA 2008: Nationale Identität und Wahrnehmung von Europa in Griechenland: Ansichten aus einem „alten“ südosteuropäischen Mitgliedsland. In: K. ROTH (Hg.), *Europäisierung von unten? Beobachtungen zur EU-Integration Südosteuropas*. Forst-Arbeitspapiere 44. München, 27–41.
- MARCU, L. 1971/73: Zeitgenössische soziologische Aspekte des Verstädterungsprozesses in Südosteuropa. In: *Revue des études sud-est européennes* 9 (1971) 677–714 und 11 (1973) 513–552.
- NIPPERDEY, THOMAS 1987: Kommentar: „Bürgerlich“ als Kultur. In: J. KOCKA (Hg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*. Göttingen, 121–142.
- OGBURN, W. F. 1922: The Hypothesis of Cultural Lag. In: *Social Change 1922*, 200–213.
- PARUŠEVA, DOBRINKA 2007: Gesellschaft, Technologie und Kultur oder wie Bulgarien auf die Moderne traf. In: U. BRUNNBAUER, W. HÖPKEN (Hg.), *Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert*. München: Otto Sagner, 17–32.
- PETROV, PETĀR, KATERINA GEHL, K. ROTH (Hg.) 2007: *Fremdes Europa? Selbstbilder und Europa-Vorstellungen in Bulgarien (1850–1945)*. Berlin, Münster: LIT.
- PROŠIĆ-DVORNIĆ, MIRJANA 1992: The Rurbanization of Belgrade after the Second World War. In: K. ROTH (Hg.), *Südosteuropäische Volkskultur in der Moderne*. München: SOG, 75–102.
- PUTNAM, ROBERT D. 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy* 6, 1: 65–78.
- ROTH, MAREN 2005: *Erziehung zur Demokratie? Amerikanische Demokratisierungshilfe im postsozialistischen Bulgarien*. Münster: Waxmann.
- ROTH, KLAUS 1985: Großstädtische Kultur und dörfliche Lebensweise. Bulgarische Großstädte im 19. und 20. Jh. In: H. BAUSINGER, TH. KOHLMANN (Hg.), *Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung*. Berlin, 363–376.
- ROTH, KLAUS 1995: Bürgertum und bürgerliche Kultur in Südosteuropa. Ein Beitrag zur Modernisierungsdiskussion. In: UELI GYR (Hg.), *Soll und Ha-*

- ben. Alltag und Lebensformen bürgerlicher Kultur. Zürich: Offizin, 245–260.
- ROTH, KLAUS 1999: Praktiken und Strategien der Bewältigung des Alltagslebens in einem Dorf im sozialistischen Bulgarien. In: *Zeitschrift für Balkanologie* 35: 63–77.
- ROTH, KLAUS (Hg.) 2007: Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen. Zürich, Berlin: LIT.
- ROTH, KLAUS (Hg.) 2008: Sozialkapital – Vertrauen – Rechtssicherheit. Post-sozialistische Gesellschaften und die Europäische Union. Zürich, Berlin: LIT.
- SENNETT, RICHARD 1983: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt am Main: Fischer.
- SIMIĆ, ANDREI 1983: Urbanization and Modernization in Yugoslavia: Adaptive and Maladaptive Aspects of Traditional Culture. In: M. KENNY (Hg.), *Urban Life in Mediterranean Europe: Anthropological Perspectives*. Urbana, Chicago, 203–224.
- Szücz, Jenő 1990: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt am Main: Neue Kritik.